

DIGITALER SONDERDRUCK

Sabine Achour, Annemarie Jordan & Matthias Sieberkrob

Argumentieren in Politik und Gesellschaft – Wie kann der Politikunterricht die politische Kommunikation durch sprachbildende Maßnahmen fördern?

.....

Brigitte Jostes, Daniela Caspari,
Beate Lütke (Hrsg.)

Sprachen – Bilden – Chancen: Sprachbildung in Didaktik und Lehrkräftebildung

Sprachliche Bildung, Band 5,
310 Seiten, br., 34,90 €,
ISBN 978-3-8309-3599-5

E-Book: 30,99 €,
ISBN 978-3-8309-8599-0



© Waxmann Verlag GmbH, 2017

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, verboten. Kein Teil dieses Werkes darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.



.....

WAXMANN

Steinfurter Str. 555
48159 Münster

Fon 02 51 – 2 65 04-0
Fax 02 51 – 2 65 04-26

info@waxmann.com
www.waxmann.com

Mehr zum Buch [hier](#).

Argumentieren in Politik und Gesellschaft – Wie kann der Politikunterricht die politische Kommunikation durch sprachbildende Maßnahmen fördern?

1. Einführung

Jugendliche empfinden politisches und gesellschaftliches Engagement im Sinne von „Mitmischen“ als unterschiedlich relevant. Die Institution Schule und insbesondere der Politikunterricht verfolgen die Zielsetzung, zur Teilhabe zu befähigen. Was bedeutet das? Es geht darum, Interessen zu definieren und zu artikulieren, Konflikte auszutragen, anhand von diskursiven Settings Kompromisse zu finden, Entscheidungen zu verhandeln und zu begründen. Dies alles sind kommunikative und argumentative Akte, sie lassen sich in den zentralen Kompetenzen des Politikunterrichts z.B. auch im Berliner Rahmenlehrplan wiederfinden: in der politischen Urteils- und Handlungskompetenz (Detjen, Massing, Richter & Weißeno, 2012; GPJE, 2004; Senatsverwaltung, 2015, S. 4–5). Obwohl das Argumentieren für die verschiedenen Kompetenzbereiche als wichtig erachtet wird (Senatsverwaltung, 2015, S. 4–6) und laut der Einheitlichen Anforderungen für das Abitur (EPA) auch eine hohe Prüfungsrelevanz hat (KMK, 2005, S. 28), bleibt diese Fähigkeit politikdidaktisch nicht nur unpräzise (Richter, 2012; Goll, 2012), sondern erhält auch aus Perspektive der Sprachbildung im Politikunterricht bisher kaum wissenschaftliche Aufmerksamkeit. Dabei ist der Zusammenhang domänenspezifischer und kommunikativer Kompetenzen offensichtlich. Es lässt sich sogar die These aufstellen, dass Defizite in einem kommunikativen Bereich wie dem Argumentieren zu einer Reduktion politischen Interesses und Engagements führen können; schließlich lässt sich beobachten, dass bildungsferne Milieus sich fast komplett aus der Politik zurückziehen (Bertelsmann Stiftung, 2015, S. 7–9). Bildungsferne zeichnet sich u.a. auch durch wenig entwickelte Sprachkompetenz aus. Einfache Argumente und einfache Sprache hingegen sind Zeichen populistischer Politik, womit derzeit Bewegungen wie PEGIDA oder die AfD Stimmung machen.

Im angelsächsischen Raum gehört das Argumentieren in Form von Debattieren fest zur politischen Kultur; es eröffnet die Möglichkeit, gesellschaftliche Konflikte auf der Basis demokratischer Grundwerte auszutragen. Das heißt, dass Argumentieren und Verhandeln kommunikative Formen der friedlichen, auf Kompromissfindung ausgelegten Konfliktbewältigung sind. Daher kann als Aufgabe von Schule und Politikunterricht die Sozialisation in eine entsprechende

politische Kultur beschrieben werden, die von der Argumentationsfähigkeit als Teil der Urteils- und Handlungskompetenz der Individuen lebt. Aufgrund ihrer Bedeutung sollen hier Möglichkeiten der sprachbildenden, domänenspezifischen Unterstützung herausgearbeitet werden.

2. Definitionen von politischer Urteils- und Handlungsfähigkeit

Politische Urteils- und Handlungsfähigkeit sind besondere Merkmale der politischen Mündigkeit und somit Höhepunkte politischen Lernens. Zugleich stellen sie eine hohe Anforderung an die Sprachkompetenz von Lernenden, da sie sowohl den rationalen als auch dialektischen Anspruch erfassen und umsetzen sollen. Eine auch sprachbildende politische Bildung ist für immer mehr Schülerinnen und Schüler eine zentrale Voraussetzung, um überhaupt zur „sprachlichen Teilhabe“ an Politik und Gesellschaft in Form von Urteilen und kommunikativem, politischem Handeln befähigt zu werden.

Unter einem politischen Urteil versteht Massing (1997, S. 116) die wertende Stellungnahme eines Individuums zu einem politischen Sachverhalt und/oder einem politischen Akteur unter Verwendung der Begründungskategorien Effizienz und Legitimität mit der Bereitschaft, sich dafür öffentlich zu rechtfertigen. Die politikwissenschaftlichen Kategorien Legitimität und Effizienz gewährleisten, dass sich politische Urteile durch eine gesellschaftliche Rationalität auszeichnen, womit sie allgemein begründbar und diskursiv und damit prinzipiell für jeden nachvollziehbar werden: „Zum einen bewegen sich Urteile in einer Zweck-Mittel-Relation. Sie machen Aussagen über die Richtigkeit oder Angemessenheit von Zwecken oder Zielen oder (und) über Mittel oder Methoden zu deren Realisierung. (...) Zum anderen sind Urteile in ihrer Struktur wertorientiert. Sie messen Sachverhalte nicht so sehr an beschreibbaren konkreten Zielen, sondern unmittelbar an akzeptierten Werten (...)“ (Kuhn, Massing & Skuhr, 1993, S. 275; vgl. Tab. 1). Beide Kategorien werden bei der Beurteilung gewichtet, so dass in der Regel schließlich eine im Vordergrund steht, so wie es sich auch bei politischen Entscheidungen verhält. Politische Urteile erstrecken sich auf alle Ebenen von Politik: auf Probleme, Entscheidungen, Akteure, auf den Nahraum, die Kommune, die Region, das Bundesland, auf den Nationalstaat, auf internationale Gebilde und supranationale wie die EU.

Die Kategorie Effizienz bezieht sich auf eine optimale Relation zwischen einem beliebig gesetzten politischen Zweck und den zu seiner Verwirklichung eingesetzten Mitteln. Es geht um Kriterien wie Wirksamkeit, Ergiebigkeit und Schnelligkeit. An ihnen wird das politische Handeln von Akteuren gemessen. Ebenso entscheidend für die Bewertung von Politik ist deren humaner Charakter, also die moralische Qualität, welche mit der Kategorie Legitimität gefasst wird und sich an zu legitimierenden, universalisierbaren Werten orientiert wie der Men-

schenwürde, Freiheit und Gleichheit sowie Gerechtigkeit und Frieden. Zentral für politische Entscheidungen sind hier auch die Möglichkeit der Partizipation sowie die Transparenz der Entscheidungsfindung (Massing, 1997, S. 121).

Abgesehen von der Wert- und Zweckrationalität existiert eine weitere Differenzierungsmöglichkeit, die Komplexität von Urteilen darzustellen. Dies ist die jeweilige Perspektive, die eingenommen wird, um Politik zu beurteilen (Massing, 1997, S. 124).

Tabelle 1: Modell politischer Urteilsbildung (nach Massing, 1997, S. 125).

Beurteilungsmaßstab	Sichtweisen/Perspektiven		
	Politische Akteure	Adressaten	System
Politische gesellschaftliche Rationalität			
Kategorie Effizienz Zweckrationalität	Handlungsmöglichkeiten, Handlungsrestriktionen, Entscheidungskompetenzen, Macht, Aufwand, Kosten	individueller Nutzen, Kosten, Interessen	Funktionsfähigkeit, Leistungsfähigkeit, Stabilität
Kategorie Legitimität Wertrationalität	Menschenrechte, demokratische Normen und Werte, demokratische Prinzipien, Interessenberücksichtigung, Gemeinwohlorientierung, Akzeptanz, Transparenz, Partizipation, Umwelt, Leben, Frieden	Selbstbestimmung, Mitbestimmung, Identität, Interessen, Werte	Grund-, Menschenrechte, rechtsstaatliche Prinzipien, sozialstaatliche Prinzipien, Alternativen

Die verschiedenen Urteile sind somit nicht nur kontrovers, sondern auch multiperspektivisch, z.B. aus der Sicht der Betroffenen und des politischen Systems, wobei die Möglichkeit besteht, nach verschiedenen Aspekten zu differenzieren: soziale Lage, Einstellungen, Interessen, Geschlecht, Alter etc. Des Weiteren ermöglicht die Übernahme unterschiedlicher Perspektiven der politischen Akteure Rückschlüsse auf verschiedene Urteile: so von Regierung, Opposition, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretung, Parteien wie CDU und SPD etc. Schließlich kann auch aus der Sichtweise des politischen Systems ein Urteil gefällt werden, hier sind vor allem die Überlegungen zur Systemstabilität versus Berücksichtigung des Gemeinwohls anhand oben genannter demokratischer Grundwerte zu nennen (Detjen, 2007). Das Einbeziehen verschiedener Urteile und deren dialektische Darstellung ist die Grundlage des Argumentierens. Hierzu gehört die Fähigkeit zum Perspektivenwechsel, was für die Akzeptanz anderer Urteile, Wertungen und damit Lebensentwürfe in einer pluralistischen, von Diversität geprägten Gesellschaft von besonderer Relevanz ist. Denn Problemlösungsprozesse in einer Demokratie sind durch Komplexität, Vernetzung, Intransparenz und Dynamik gekennzeichnet, so dass die jeweiligen Lösungen einen dialektischen Charakter haben. Das bedeutet, dass politische Entscheidungen fast immer gegensätzliche Positionen zum Ausgleich bringen müssen (Detjen, 2007, S. 253f.).

3. Politisch Argumentieren als Weg zur politischen Urteils- und Handlungsfähigkeit

Urteile gelten dann als überzeugend bzw. können überzeugen, wenn sie auf „guten Argumenten“ beruhen. Für die Sphäre von Politik und Gesellschaft sind das die oben vorgestellten politikwissenschaftlichen Kategorien. Mit dem Verweis von Massing (2003, S. 94), dass zur Urteilsfähigkeit auch die Bereitschaft gehöre, sich dafür auch öffentlich zu rechtfertigen, das heißt an politischer Deliberation und politischem Diskurs teilzunehmen, lässt sich der Übergang zur politischen Handlungsfähigkeit sowie auch hier die Bedeutung des Argumentierens erkennen. Es existiert ein enger Zusammenhang zwischen politischer Urteilsfähigkeit und politischer Handlungsfähigkeit. Dieser Zusammenhang ist allein schon deshalb gegeben, weil das Urteilen selbst eine Handlung ist – und zwar im Kern eine innere oder mentale Handlung. In dem Moment jedoch, in dem ein Urteil ausgesprochen und gegenüber anderen begründet wird, liegt eine äußere Handlung vor (Detjen et al., 2012, S. 51).

Politisches Handeln ist zum einen kommunikatives (Habermas, 1981), zum anderen partizipatives Handeln. Mit kommunikativem politischem Handeln sind vor allem Gespräche oder Diskussionen über Politik im sozialen Umfeld gemeint. Partizipatives politisches Handeln drückt sich z.B. durch die Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen oder durch Aktivitäten im Kontext von Parteien, Verbänden, Initiativen, sozialen Netzwerken, Demonstrationen, öffentlichen Diskussionen etc. aus. Partizipatives Handeln ist damit aber für den Politikunterricht kaum umzusetzen, da es auf Freiwilligkeit beruht und im schulischen Kontext gegen den Beutelsbacher Konsens¹ verstoßen würde (Weißeno, Detjen, Juchler, Massing & Richter, 2010, S. 27). Folglich wird vor allem das kommunikative politische Handeln fokussiert. Zu den Kompetenzfacetten politischen Handelns gehören das Argumentieren, Artikulieren, Verhandeln und Entscheiden (Detjen et al., 2012, S. 65–66). Eine besondere Form der Förderung ist das sogenannte Probehandeln, welches durch das Prinzip der Handlungsorientierung, den Einsatz von simulativen Makromethoden wie Pro-Contra-Debatten, Talkshows, Plan- und Entscheidungsspiele realisiert werden kann.

4. Politisch Argumentieren als domänenspezifische Sprachbildung

Unter Argumentieren lässt sich mit Mittelsten-Scheid (2009) die Fähigkeit beschreiben, Fakten, Werte und damit verbundene Situationen und Handlungsoptionen evidenzbasiert, das heißt mit Belegen begründet, abzuwägen, dabei kritisches Denken, Rationalität und Emotionalität anzuwenden und die verschiedenen

1 Der Beutelsbacher Konsens beschreibt die drei Grundprinzipien Politischer Bildung: Überwältigungsverbot, Kontroversität und Schülerorientierung (Wehling, 1977).

Positionen betroffener Personen zu antizipieren (Perspektivenwechsel). Die Argumente selbst beruhen dabei auf Daten und Begründungen (Mittelsten-Scheid, 2009, S. 174–175; Mittelsten-Scheid & Hößle, 2008, S. 153). Nach Holzinger (2001, S. 421) dient Argumentieren der Bewältigung von Konflikten, die verschiedene Ursachen haben können, zum Beispiel Tatsachen-, Wert- oder Interessendissens. Die Argumentationen ereignen sich positionsbezogen, kompromiss- und verständigungsorientiert und haben zum Ziel, den Adressaten zu überzeugen. Letzten Endes erhält das Argumentieren eine herausgehobene Stellung, da es für alle Kompetenzbereiche relevant ist (Detjen et al., 2012, S. 83). Nicht nur die Handlungs- und Urteilskompetenz beruhen darauf, sondern auch die Analysefähigkeit, da es hierbei um das Verstehen und Rezipieren von Argumenten geht. Die domänenspezifischen Fachkonzepte (z.B. Gerechtigkeit, Interessen, Solidarität, Kosten) bilden schließlich so etwas wie eine Grundlage. Argumente müssen mit diesen politikwissenschaftlichen Fachkonzepten gefüllt sein. Die Qualität des Argumentierens hängt schließlich von den sprachlichen Fähigkeiten und dem Beherrschen der Fachsprache ab (Richter, 2012, S. 183).

Insbesondere handlungsorientierte Makromethoden zeichnen sich durch hohe Redeanteile der Lernenden aus, weshalb sie sich sehr gut für den Einsatz von sprachbildenden Maßnahmen eignen. Die „spielerische“ Komponente trägt zur Motivation bei, sich auf potenziell echte politische Sprechansätze einzulassen, so dass der Übergang von der Alltags- zur Bildungs- und Fachsprache gefördert werden kann. Die Auswertung solcher Makromethoden ermöglicht zugleich die Reflexion über Sprache (Achour & Sieberkrob, 2015, S. 32). In Anlehnung an Ausführungen von Mittelsten-Scheid und Hößle (2008), steht die Analyse der Überzeugungskraft der einzelnen Rollen oft auch in enger Verbindung mit der Sprachkompetenz und der Fähigkeit, kompetent argumentieren zu können. Bereits in der politischen Realität zeigt sich häufig, dass Politik und Sprache intensiv zusammenhängen, daher ist nicht zwingend das beste Argument am überzeugendsten.

Ein Beobachtungsbogen, der neben den inhaltlichen auch die sprachlichen Aspekte in der Darstellung der Makromethode thematisiert, fördert den Reflexionsprozess der Lernenden, der zudem von Vorschlägen zu Optimierungsmöglichkeiten, die von den Lernenden erarbeitet werden, begleitet werden kann. Eine gemeinsame Betrachtung einer realen Talkshow oder Debatte sowie die Fokussierung und Analyse auf die Argumentationen sind dabei hilfreich. Auf diese Weise kann den Lernenden das Verhältnis von Sprachgebrauch, Argumentation und Glaubwürdigkeit illustriert werden.

5. Ein Beispiel: Eine Argumentationskette erarbeiten

Für die Vorbereitung politischen Handelns wie auch politischen Urteilens hängen die inhaltliche und die sprachliche Vorbereitung eng zusammen, wenn eine überzeugende Argumentationskette aufgebaut werden soll. In Anlehnung an die Kompetenzfacetten der politischen Handlungskompetenz (Artikulieren, Argumentieren, Verhandeln, Entscheiden) wird nachfolgend in Tabelle 2 eine Abfolge von Argumentationsschritten vorgeschlagen. Diese spiegeln einerseits das Argumentieren in simulativen Methoden wider, können aber andererseits auch für die Argumentation im Rahmen eines politischen Urteils verwendet werden. Die Domänenspezifik des politischen Urteilens und Handelns kommt durch die Verwendung von politikwissenschaftlichen Fachkonzepten wie Gerechtigkeit, Solidarität, Interesse etc. als Urteilskategorien und den wertenden Bezug zu ihnen wie z.B. zum Handeln von Akteuren (Politiker/innen, Medien, Verbänden, Betroffenen), die Ausgestaltung von Entscheidungen und Lösungsentwürfen hinsichtlich Sozialstaat, Rechtsstaat, Parteien usw. zum Tragen.

Der Argumentationsablauf wird durch sprachbildende Hilfen, in Form von exemplarischen Satzanfängen, die den jeweiligen Argumentationsschritt illustrieren (s.o.), unterstützt. Sie sind den Lernenden zur Vorbereitung ihrer Argumentationen für Rollen in simulativen Methoden sowie für ein politisches Urteil dienlich. Charakterisierendes Merkmal ist hierbei, dass die sprachlichen Elemente mit den Kategorien Legitimität und Effizienz bewusst zusammengefügt werden. In einem zweiten Schritt werden die Satzanfänge mit den inhaltlichen Argumenten sowie ihnen zugrunde liegenden Fachbegriffen und Fachkonzepten in Verbindung gesetzt. Um zu „guten Argumenten“ zu kommen, ist es notwendig, dass diese strukturiert und in einer Form vorliegen, in der sie sprachlich möglichst schnell in das Scaffolding (Gibbons, 2015) integrierbar sind. In der Regel sind diese „guten Argumente“ die Ergebnisse aus der Sicherung der Analysephase. Hier zählt es sich aus, zu einem konstruktiven Lernprodukt gekommen zu sein. Ein Beispiel für eine mögliche Sicherungsstruktur, die für den Lernschritt der Argumentation verwendet werden kann, bietet die Übersicht *Der gesetzliche Mindestlohn – Mehr Absicherung für Alle?* (vgl. Tab. 3). Die Argumente sind nach Pro und Contra sortiert, außerdem sind ihnen Urteilskategorien zugewiesen, die in dem Argumentationsschema als domänenspezifische, sprachliche Hilfen wiederauftauchen. Ebenso werden die möglichen Perspektiven transparent gemacht. Der Übersichtlichkeit halber werden diese hier nicht jedem Argument zugewiesen.

Tabelle 2: Argumentationsschritte politischer Handlungskompetenz mit sprachlichen Hilfen.

Facette politischer Handlungskompetenz	Argumentationsschritt	Sprachliche Hilfen/ Scaffolds	Domänen-spezifik
Artikulieren (positions-bezogen)	<ul style="list-style-type: none"> • die eigene Position/ das eigene Urteil formulieren • die Position/das Urteil öffentlich aussprechen • Fachsprache sachgerecht verwenden (Fachkonzepte und -begriffe) 	<ul style="list-style-type: none"> • Meiner Auffassung/Ansicht/ Meinung nach, ist es <i>gerecht/wenig nützlich/zu teuer</i> ... • Ich bin der festen Überzeugung, dass es zur <i>Transparenz, Teilhabe, Sicherheit, Freiheit, zum Umweltschutz beiträgt</i>, wenn/dass ... • Ich finde/denke, dass es <i>bezahlbar, funktional, effizient ist, wenn/dass</i> ... • ... 	<p>Kategorie Legitimität (un)gerecht, (un)solidarisch, (un)demokratisch, (nicht) im Sinne des Gemeinwohls, (nicht) transparent, (un)sicher, (nicht) partizipationsförderlich, (nicht) förderlich für die Umwelt/den Frieden</p> <p>Kategorie Effizienz (nicht) nützlich, (nicht) bezahlbar, (nicht) im Interesse von, (nicht) effizient, (nicht) funktional, (nicht) stabilitätsfördernd</p> <p>Fachkonzepte, Fachbegriffe</p>
Argumentieren (überzeugungs-orientiert)	<ul style="list-style-type: none"> • Argumente anwenden, um von Position zu überzeugen • Position begründen, Argumente nennen (z.B. Fakten, Grundsätze, Expertenmeinungen) • rhetorische Figuren anwenden • eine eigene Argumentationsstrategie entwickeln 	<ul style="list-style-type: none"> • Ich halte das für besonders <i>effizient/legitim</i>, weil ... • Wenn man bedenkt, dass ... dann ... • Man sollte auf alle Fälle berücksichtigen, dass ... • Es steht fest ... / ist eine Tatsache, dass ... • Man darf nicht übersehen, dass ... • Adverbien: ... ist sicherlich/ tatsächlich/bestimmt/ zweifellos/ ohne Zweifel • ... 	
Verhandeln (durchsetzungs-orientiert)	<ul style="list-style-type: none"> • mit Argumenten Verhandlungsstrategien und Lösungsentwürfe vorschlagen, damit andere sie akzeptieren 	<ul style="list-style-type: none"> • Das finde ich auch <i>transparent, gerecht, umweltschonend</i>. • Das (<i>Frieden, Sicherheit, Freiheit</i>) ist wirklich ein schlagendes Argument. • Das finde ich nicht <i>nützlich, kostensparend, funktional</i>, weil ... • Das kann ich überhaupt nicht nachvollziehen, weil ... • Dem kann ich überhaupt nicht zustimmen, weil ... • ... 	
Entscheiden ² (ergebnis-orientiert)	<ul style="list-style-type: none"> • sich auf eine Lösung einigen und diese argumentativ begründen • mit Argumenten überzeugen 	<ul style="list-style-type: none"> • Wägt man das Für und Wider ab, so kommt man zu dem Ergebnis ... • Alles in allem zeigt sich, dass... • Wir haben uns nach einer längeren Diskussion auf/darauf ... geeinigt. • ... 	

2 Das Entscheiden kommt nur in entscheidungsorientierten Methoden vor, z.B. in Entscheidungs- und Planspielen.

Tabelle 3: Der gesetzliche Mindestlohn – Mehr Absicherung für Alle?

Kategorie	Pro	Kategorie	Contra
Gerechtigkeit (finanzielle) Sicherheit	1. Wer Vollzeit arbeitet, soll auch davon leben können. 2. Mindestlohn = Schutz der Arbeitnehmer vor Verarmung trotz Vollzeitbeschäftigung . 3. Sicherung des Existenzminimums , ohne Hartz IV-Aufstockung .	Ungerechtigkeit	9. Der Mindestlohn bekämpft nicht für alle die Armut: Alleinerziehende oder Familien werden trotzdem staatliche Unterstützung benötigen.
	Interessen		4. Schutz der Arbeitnehmenden vor Lohndumping durch Arbeitskräfte aus Niedriglohnländern . Diese müssen in Deutschland auch den Mindestlohn erhalten. 5. Verhinderung „Generation Praktikum“ (keine oder nur geringfügige Entlohnung): Auch Berufseinsteiger müssen den Mindestlohn erhalten.
Leistungsfähigkeit, Effizienz Nutzen, Kosten	6. Höhere Motivation der Arbeitnehmenden = höhere Produktivität .	Kosten, Interesse	11. Kontrolle der Einhaltung des Mindestlohns: mehr Verwaltung.
	7. Ankurbeln der Binnen-nachfrage : Ein Mindestlohn von z.B. 1.400 Euro wird komplett wieder in den Wirtschaftskreislauf fließen.		12. Dienstleistungen (z.B. Frisör) werden für Verbrauchende teurer.
	8. Entlasten der Staatskassen : weniger „Aufstocker“, Abbau von Verwaltung (für Hartz IV-Anträge).		13. Kleine Betriebe können sich den Mindestlohn nicht leisten: weniger Arbeitsplätze oder Schließen des Betriebes.
Perspektiven	Betroffene: potentielle „Aufstockende“, Praktikant/innen, Familien, Alleinerziehende, „Staat“, Verwaltung, (indirekt: alle Steuerzahler/innen)		

Grundlage einer gelungenen Argumentation ist insbesondere das Verständnis der politikwissenschaftlichen Fachbegriffe und Konzepte (in der Tabelle markiert), welches mithilfe eines Glossars unterstützt werden kann (vgl. Tab. 4).

Tabelle 4: Beispiel: Glossar zum Thema Mindestlohn.

Wort oder Ausdruck mit gramm. Einträgen	Erklärung	Synonyme/ Antonyme Beispiele	Wendungen im Text
Nom.: das Lohndumping (Sg.) Gen.: des Lohndumpings Dat.: dem Lohndumping Akk.: das Lohndumping	Zahlung von Löhnen, die deutlich unter dem Tarif (Vereinbarung) liegen	Lohndumping verhindern, sich gegen Lohndumping wehren	Schutz der Arbeitnehmenden vor Lohndumping ...
die Aufstockung, -en der Aufstockung der Aufstockung die Aufstockung	etwas erhöhen (z.B. Gehalt, Arbeitszeit, Hartz IV)	Erhöhung, <u>Gegenteil</u> : Reduzierung	
die Vollzeitbeschäftigung der Vollzeitbeschäftigung der Vollzeitbeschäftigung die Vollzeitbeschäftigung	Beschäftigung mit normaler, nicht verminderter Arbeitszeit	<u>Kurzform</u> : (ich arbeite) Vollzeit <u>Antonym</u> : Teilzeit(-beschäftigung)	
die Nachfrage ³	Wunsch der Kunden bestimmte Waren oder Dienstleistungen zu bekommen	die Nachfrage geht zurück starke/schwache Nachfrage	
die Binnennachfrage	Nachfrage innerhalb der Grenzen eines Staates oder eines Staatenbündnisses	<u>Synonym</u> : Inlandsnachfrage	Ankurbeln der Binnennachfrage

Da das Konstrukt Mindestlohn im Zentrum steht, bietet es sich im Sinne der Wortschatzarbeit an, dazu eine Mindmap angefertigt zu haben. Auf diese Weise können die zentralen Fachkonzepte sowie die allgemeinen und politischen Bedeutungen unterschieden werden.

3 Nachfrage ist polysem. Hier ist die Bedeutung der Bereitschaft, etwas zu kaufen, gemeint. In dieser Bedeutung kommt „Nachfrage“ fast ausschließlich im Singular vor, weshalb keine Pluralform angegeben ist. Aus ähnlichen Gründen ist auch bei Vollzeitbeschäftigung kein Plural angegeben. Zwar kann hier ein Plural konstruiert werden, etwa „verlängerte Öffnungszeiten schaffen keine Vollzeitbeschäftigungen, sondern lediglich schlecht bezahlte Minijobs“, aber der Plural ist zumindest sehr selten. Im Politikunterricht könnte dies auch thematisiert werden, um die Fachkonzepte besser greiflich zu machen.

Tabelle 5: Argumentationsverlauf Pro/Contra Mindestlohn.

	Argumentieren als politisches Handeln und Urteilen	
	Pro Mindestlohn	Contra Mindestlohn
1. Position formulieren: Artikulieren	<i>Ich bin der festen Überzeugung⁴, dass der Mindestlohn <u>gerecht</u>⁵ ist: Wer Vollzeit arbeitet, soll auch davon leben können (Argument 1).</i>	<i>Meiner Meinung nach ist der Mindestlohn <u>ungerecht</u>: er bekämpft nicht für alle die Armut: Familien und Alleinerziehende müssen weiterhin vom Staat unterstützt werden (Arg. 9).</i>
2. Position begründen: Argumentieren	<i>Man sollte auf alle Fälle berücksichtigen, dass der Mindestlohn die <u>Sicherung</u> des Existenzminimums ohne Hartz IV-Aufstockung ist (Arg. 3).</i>	<i>Ich halte den Mindestlohn nicht für <u>effizient</u>, da die Kontrolle der Einhaltung des Mindestlohns mehr Bürokratie und Verwaltungsaufwand bedeutet (Arg. 10).</i>
	weitere Positionen begründen	
3. Argumenten zustimmen, Argumente ablehnen, (Gegen-) Vorschläge machen: Verhandeln	<i>Da bin ich <u>wegen der Kosten</u> ganz anderer Meinung, da weniger Hartz IV-Aufstockende zu weniger Verwaltung und weniger <u>Kosten</u> führen.</i>	<i>Das <u>Kosten-Nutzen-Argument</u> ist wirklich überzeugend.</i>
	weitere Argumente verhandeln	
4. Sich auf eine Lösung einigen und diese argumentativ begründen: Entscheiden	<i>Wir haben uns nach einer längeren Diskussion auf die <u>Einführung des Mindestlohnes geeinigt</u> (gemeinsam entscheiden), weil der Mindestlohn die <u>Sicherung des Existenzminimums fördert</u> und damit auch zu mehr <u>Gerechtigkeit (= Legitimität)</u> führt.</i>	

Aus diesem Argumentationsverlauf können die Lernenden schließlich auch ein politisches (dialektisches) Urteil formulieren. In Anlehnung an diese Darstellungen kann für den Unterricht eine Kopiervorlage erarbeitet werden, die die Lernenden bei der Erarbeitung und Formulierung der konkreten Positionen sowohl auf fachspezifischer als auch auf sprachlicher Ebene unterstützt.

6. Fazit

Wie gezeigt wurde, ist die im Politikunterricht zentrale Urteils- und Handlungskompetenz der Schülerinnen und Schüler im Kern (auch) eine sprachliche, nämlich vor allem argumentative Kompetenz. In diesem Beitrag wurde daher aus politikdidaktischer Perspektive für verstärkte Aufmerksamkeit diesbezüglich plädiert. Eine politikdidaktische Operationalisierung des Argumentierens erfolgt über die Integration der Urteilkategorien Legitimität und Effizienz, nur dann werden sie zu genuin politischen Argumenten. Darüber hinaus bedarf es für die

4 Die sprachlichen Hilfsmittel sind kursiv markiert.

5 Urteilkategorien sind hier unterstrichen

Lernenden einer bewussten Einführung und Klärung von Fachkonzepten, hier z.B. zum Themenfeld Mindestlohn. Um diese sprachlichen Herausforderungen zu unterstützen, bietet die Tabelle 2 einerseits eine Orientierung, die an Argumentationsschritten ausgerichtet ist, andererseits sprachliche Scaffolds in Form von Satzanfängen, mit deren Hilfe Schülerinnen und Schüler das Formulieren von kategoriengeleiteten Argumenten für Diskussionen und für politische Urteile einüben können. An dem Beispiel zum Thema Mindestlohn zeigt sich darüber hinaus, wie in einer politischen Debatte Pro- und Contra-Argumente miteinander abgewogen werden und zu einer Entscheidung führen. Dieses musterhafte Modell kann im Unterricht einerseits für (simulierte) Diskussionen, mündliche und schriftliche Urteile zum Einsatz kommen, andererseits auch zum Reflektieren und Offenlegen von Strukturen mündlicher Debatten sowie formulierter Urteile. Hierdurch werden die Schülerinnen und Schüler befähigt, zum Beispiel auch im öffentlichen politischen Diskurs auf rezeptiver Ebene die Güte von Argumenten einzuschätzen beziehungsweise schlechte Argumente zu erkennen. Darüber hinaus lernen sie auf produktiver Ebene, selbst an Diskussionen argumentierend teilzunehmen und dabei ihren Argumenten unter Beachtung der Kategorien Effizienz und Legitimität mehr Gewicht zu verleihen. Im Politikunterricht bietet es sich an, solche Situationen vor allem durch den Einsatz simulativer Makromethoden herzustellen. Das vorgestellte Scaffold fördert somit die Handlungskompetenz der Schülerinnen und Schüler dahingehend, ihre argumentative, politische Kommunikation und damit ihre Fähigkeit zu Teilhabe und Partizipation auszubauen. Insgesamt ist dies ein Schritt, durch Aufmerksamkeit auf die zu verwendende Sprache und gezielte Förderung das politische Lernen zu unterstützen.

Literatur

- Achour, Sabine & Sieberkrob, Matthias (2015). Sprachbildung konkret: Brauchen wir eine Impfpflicht? *Wochenschau Sonderheft: Heterogenität*, 23–37.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2015). *Prekäre Wahlen – Bremen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bremischen Bürgerschaftswahl 2015*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Detjen, Joachim (2007). *Politische Bildung. Geschichte und Gegenwart in Deutschland*. München: Oldenbourg.
- Detjen, Joachim; Massing, Peter; Richter, Dagmar & Weißeno, Georg (2012). *Politikkompetenz – ein Modell*. Wiesbaden: Springer.
- Gibbons, Pauline (2015). *Scaffolding language, scaffolding learning. Teaching English language learners in the mainstream classroom* (2nd ed.). Portsmouth, NH: Heinemann.
- Goll, Thomas (2012). Sprachhandeln: Verhandeln, Argumentieren, Überzeugen – eine vernachlässigte Kompetenz des Politikunterrichts? In Georg Weißeno & Hubertus Buchstein (Hrsg.), *Politisch Handeln. Modelle, Möglichkeiten, Kompetenzen* (S. 193–209). Bonn: Barbara Budrich.

- GPJE (Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Bildung) (Hrsg.) (2004). *Nationale Bildungsstandards für den Fachunterricht in der Politischen Bildung an Schulen. Ein Entwurf*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau.
- Habermas, Jürgen (1981). *Theorie des kommunikativen Handelns*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Holzinger, Katharina (2001). Verhandeln statt Argumentieren oder Verhandeln durch Argumentieren? Eine empirische Analyse auf der Basis der Sprechakttheorie. *Politische Vierteljahresschrift*, 42 (3), 414–416.
- KMK (Sekretariat der Kultusministerkonferenz) (2005). *Einheitliche Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung Sozialkunde/Politik*. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 01.12.1989 i.d.F. vom 17.11.2005. Verfügbar unter: http://db2.nibis.de/1db/cuvo/datei/epa_sozialk_politik.pdf [17.05.2016].
- Kuhn, Hans-Werner; Massing, Peter & Skuhr, Werner (1993). *Politische Bildung in Deutschland. Entwicklung – Stand – Perspektiven*. Wiesbaden: Springer.
- Massing, Peter (1997). Kategorien politischen Urteilens und Wege zur politischen Urteilsbildung. In Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), *Politische Urteilsbildung. Zentrale Aufgaben für den Politikunterricht* (S. 115–131). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Massing, Peter (2003). Kategoriale politische Urteilsbildung. In Hans-Werner Kuhn (Hrsg.), *Urteilsbildung im Politikunterricht* (S. 91–108). Schwalbach/Ts.: Wochenschau.
- Mittelsten-Scheid, Nicola (2009). Argumentation aus metakognitiver Perspektive – Leitlinien für Maßnahmen zur Professionsentwicklung naturwissenschaftlicher Lehrkräfte. *Zeitschrift für Didaktik der Naturwissenschaften*, 15, 173–193.
- Mittelsten-Scheid, Nicola & Hößle, Corinna (2008). Wie Schüler unter Verwendung syllogistischer Elemente argumentieren. Eine empirische Studie zu Niveaus von Argumentation im naturwissenschaftlichen Unterricht. *Zeitschrift für Didaktik der Naturwissenschaften*, 14, 145–165.
- Richter, Dagmar (2012). Politisches Argumentieren im Unterricht – Auf der Suche nach einem Analyseinstrument. In Georg Weißeno & Hubertus Buchstein (Hrsg.), *Politisch Handeln. Modelle, Möglichkeiten, Kompetenzen* (S. 178–192). Bonn: Barbara Budrich.
- Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie Berlin & Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg (2015). *Rahmenlehrplan Jahrgangsstufen 1–10. Teil C: Politische Bildung. Jahrgangsstufe 7–10*. Verfügbar unter: http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/unterricht/rahmenlehrplaene/Rahmenlehrplan-projekt/amtliche_Fassung/Teil_C_Politische_Bildung_2015_11_16_web.pdf [18.05.2016].
- Wehling, Hans-Georg (1977). Konsens à la Beutelsbach? Nachlese zu einem Expertengespräch. In Siegfried Schiele & Herbert Schneider (Hrsg.), *Das Konsensproblem in der politischen Bildung* (S. 173–184). Stuttgart: Klett.
- Weißeno, Georg; Detjen, Joachim; Juchler, Ingo; Massing, Peter & Richter, Dagmar (2010). *Konzepte der Politik – ein Kompetenzmodell*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.